

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener-Verlag: Nachrichten Dresden.
Jahrespreis-Gesamtnummer: 25 241.
Preis für Abnehmer: 20 011.

Wegzugs-Geld für den Aufenthalt in Dresden und Umkreis bei monatlicher Zahlung (an Cassa und Wohnung
von einem) koste bei einmaliger Zahlung durch die Post (ohne Bescheid) 1.60 M., monatlich 1.30 M.
Kriegs-Zustand. Die obige Zahl (ohne 8 Silben) 25 M. Wegzugs-Geld u. Kriegszustand in Summen nach
Gesetz u. Bestimmungen d. Reichs. 20% Zuschlag. — Kass. K. H. G. Dresdener-Verlag. — Leipzig, 10 11.

Schiffverleiher und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 35/40.

Dresdener-Verlag von Neufeld & Reichardt in Dresden.

Bestand nur mit bester Druckerei („Dresdener Nachr.“) möglich. — Anzeigen-Verträge werden nicht aufbewahrt.

Die Schlacht in Flandern noch in vollem Gange.

Schwere blutige Verluste der Engländer. — Erfolgreiche Tätigkeit unserer Luftstreitkräfte am Nigaischen Meerbusen. — Asquiths neue Kriegszielrede. — Weitgehende englische Forderungen für Belgien, Serbien und Rumänien. — Kaiser Wilhelms Besuch in Sofia.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 12. Okt., abends. (Amtlich. B. T. B.)

Die Schlacht in Flandern ist auf der Angriffsfront Baumgard-Sonnebeke noch in vollem Gange. Rüdlich von Polcapelle und südwestlich von Paschendale wird in Einbruchstellen der Engländer gekämpft.

Künftiger deutscher Admiralsbericht.

Berlin, 12. Okt. (Amtlich.) Marineflotten und Seeflugzeug-Geschwader der kaiserlichen Flottenstation haben in den letzten Wochen trotz häufiger ungünstiger Wetterlage eine Reihe von Angriffen auf militärische Anlagen der Inseln des Nigaischen Meerbusens ausgeführt. Mit großer Umsicht wurden mehrfach die Befestigungen auf Zeele, sowie Seestreitkräfte des Gegners an der dortigen Küste trotz harter Gegenwehr mit leichtem Erfolg angegriffen. Auch die Verteidigungsanlagen an der Ostküste des Nigaischen Meerbusens wurden mit mehreren tausend Kilogramm Bomben erfolgreich besetzt. Die Wirkungen der Angriffe, die uns keinen Verlust gebracht haben, werden in den Berichten des Gegners angegeben.

(B. T. B.) Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Österreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien, 12. Oktober. (Amtlich) wird bekanntlich: Der geringere Kampftätigkeit Lage überaus unvorteilhaft.

(B. T. B.) Der Chef des Generalstabs.

Der Geist des 19. Juli.

Am Donnerstag ist der Reichstag wieder auseinandergegangen. Der Tagungsabschnitt war kurz, die Vollstimmungen wenig zahlreich. Erledigt wurden der Nachtragsetat für die Neuordnung in den Reichsämtern, das Gesetz über den Wiederaufbau der Handelsflotte und das zur Vereinfachung der Rechtspflege, daneben freilich auch die sozialdemokratische Interpellation über die Aufklärung im Meer, Fragen der Schiffsahrt und Senfur und eine Aussprache über die auswärtige Politik. So bedeutungsvoll manche der angenommenen Beschlüsse waren, wie zum Beispiel der über den Wiederaufbau unserer Handelsflotte, zweifellos sind, die Freude darüber wird vollaig erlöst durch die Tatsache, daß sich der Reichstag in allgemeiner politischer Hinsicht wiederum nicht entfernt auf der Höhe seiner Aufgabe gestellt hat. Am Abend des 19. Juli hat Dr. Stresemann in einem von einer nationalliberalen Korrespondenz verbreiteten Artikel seine Eindrücke über die damaligen Ereignisse niedergelegt. Er wirft dabei die Frage auf, ob es angeht, der durch die Lebensmittelschwierigkeiten und die Flandernoffensive gesteigerten Nervosität nicht klüger gewesen wäre, den Reichstag nicht zusammenzuberufen, sondern in ruhigerer Zeit um nachträgliche Zustimmung zu den Krediten nachzusuchen. Diese Bemerkung enthält das vielleicht unzeitige, deshalb aber nur um so beachtendere Eingeständnis, daß der Reichstag in kritischen Zeiten nicht die Stelle ist, von der, wie man es doch erwarten sollte, ein stützender und belebender Strom von Zuversicht ausgeht. In der Tat haben die Sitzungen im Juli, darin muß man Dr. Stresemann, so sehr man es im allgemeinen vaterländischen Interesse beklagen mag, recht geben, aber das Gegenteil bewiesen. Und heute muß leider gesagt werden, daß dieser Reichstag, trotzdem die Nervosität im Lande nicht mehr so groß ist wie im Juli, trotzdem sich die Elendstimmung des Volkes an Hindenburgs Siegen in den Abwehrschlachten in Flandern, an der Offensive im Osten, an den Reigen und nachhaltigen Erfolgen unserer Unterseeboote geknüpft hat, einen Schlag wertvollster Impponderabilität für den Friedensschluß vermisst hat.

Es mag sein, daß die Regierung nicht ganz unschuldig ist an dem Gang der Dinge. Versehen taktischer Art sind gemacht worden, es fehlt an der rechten Führung, an der wahrlich nahe genug liegenden einigenden Parole — trotzdem, die Hauptschuld trifft den Reichstag, der auch heute noch die Entschloßung vom 19. Juli, über deren Wirkung jetzt ein Zweifel nicht mehr möglich ist, zum Schicksal aller wahren Vaterlandsfreunde machen will und schnell bereit ist, jedem das Stigma des „Mißdeutschen“ oder „Schwerindustriellen“ aufzubrennen, der in dieser Frage anderer Meinung ist. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß auch jetzt wieder, wie seinerzeit in den Hauptausführungen, die Debatten über die Aufklärung ihre kräftigste Zuspitzung durch die Befürchtung der Reichstagsmehrheit erhalten haben, die Regierung könne sich von der bekannten Entschloßung lösen und andere

Ziele verfolgen, als sie von dem Triunvirat Erzberger-Vauer-Scheidemann gesteckt worden sind. Als Herr Dr. Michaelis, trotz aller schlimmen Erfahrungen, die wir in außerpolitischer Hinsicht gemacht haben, den Versuch machte, die positive Seite der Resolution in den Vordergrund zu rücken, und betonte, daß, wenn man sie so aufbaute, auch in ihrem Rahmen ein kraftvoller Friede möglich sei, erntete er nur dünnen Beifall, während Herr Dr. Kühmann, der ohne Einschränkung sich die Formel zu eigen machte, mit härtester Zustimmung belohnt wurde und in der Presse der Linken schon heute als kommende Mann empfohlen wird. Herr Haushamm mußte an der Rede des Staatssekretärs nur das eine zu tabeln, daß er den Verzicht auf Belgien nur für die Diplomaten, nicht aber auch sans phrase für die Völker ausgesprochen habe.

Wir stehen also vor der durch keinerlei Nebenarten zu beschönigenden Tatsache, daß der Mehrheit des deutschen Reichstags die Regierung am genehmigen ist, die am offenen und rückhaltlosesten für den Verzicht eintritt. Herr Dr. Michaelis ist in dieser Hinsicht etwas verächtlich, daher die Kampfansage durch den Mund des Genossen Ebert, daher die Forderung des „Vorwärts“: „Michaelis vor dem Ende“, daher sein Rat an die Krone, „den großen Sprung zu wagen und (bei der Ernennung des neuen Kanzlers) den dilettantischen Rat der Folgegesellschaft durch den erfahrenen kundiger Politiker zu ersetzen“. Besonders bemerkenswert ist hierbei, daß diese ganze Entwicklung im Sinne einer Kanzlerkrise den stärksten Kustof erhalten hat, durch das Vorgehen des Kanzlers und des Staatssekretärs der Marine gegen drei Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Herr Dr. Michaelis hat erklärt, die „Unabhängigen“ hätten für ihn außerhalb der nationalen Parteien, Herr v. Capelle hat — wohlgerne, nach dem Herr Dittmann sich in den höchsten Tönen gegen die angeblich alldeutsche Propaganda im Heere geäußert hatte — Mitteilungen gemacht über revolutionäre Umtriebe einiger Marinemannschaften, hinter denen derselbe Herr Dittmann mit seinen Freunden Bogherr und Haase stand. Die drei haben die Agitation, die auf nichts anderes hinauslief, als auf eine Revolutionierung unserer vor dem Feinde lebenden Flotte, dadurch gefördert, daß sie den verblendeten jungen Deuten Material zur Verfügung stellten. Man hätte daraufhin erwarten sollen, daß der Reichstag in seiner Gesamtheit von diesen Abgeordneten, die, wenn sie nicht juristisch, so doch moralisch des Landesverrats schuldig geworden sind, abtrüben, daß er eine scharfe Trennungslinie gegenüber dieser Partei ziehen würde. Was aber geschah? Herr Dr. Haushamm erklärte, für die Existenz dieser Partei eintreten zu müssen, die gesamte demokratische Presse klagte nicht Herrn Haase an, sondern den Reichskanzler und den Staatssekretär, der nun sogar als Sündenbock in die Wüste geschickt werden soll. Dabei haben die „Unabhängigen“ von jeder die Kredite verweigert, dabei ist ihre Mitwirkung an der Währungsreform dieses Jahres unannehmlich nachgewiesen, dabei hat Herr Ledebour noch am Mittwoch in öffentlicher Reichstags-Sitzung den Massenstreik empfohlen! Ist es nicht ein geradezu niederschmetterndes Zeichen mangelnden Nationalgefühls, wenn angesichts dieser Tatsachen ein Vertreter einer bürgerlichen Partei für diese Leute eintritt und damit indirekt das Recht auf den Massenstreik, das Recht auf jede Art revolutionärer Agitation anerkennt? Das geschieht in demselben Augenblick, da der Kongress der französischen Sozialisten mit überwiegender Mehrheit eine Entschloßung angenommen hat, in der die Übernahme eines Elsas-Lothringens abgelehnt wird. Muß daran erinnert werden, mit welcher Energie sich Poincaré bei der Übernahme der Regierung gegen die friedensfreundliche Propaganda in Frankreich ausgesprochen hat, wie die französische Kammer fast einstimmig das Programm der Regierung, den Krieg bis zum vollständigen Siege fortzuführen, gutgeheißen hat? Ist es in Deutschland so weit gekommen, daß wir in Fragen des nationalen Bewusstseins auf das Beispiel der Feinde verweisen müssen, nicht das Volk, nicht die große Masse, sondern den deutschen Reichstag, der ein Faktor des Sieges sein sollte? Und wenn man schon, wie die Dinge nun einmal liegen, vom Reichstag nicht erwarten kann, daß er den Frieden fördert, muß es dann sein, daß er den Krieg verlängert, daß er durch jede seiner Tagungen die feindlichen Hoffnungen neu belebt? Als Sturmzeichen wertet man in England die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen im Waller-Bau abgespielt haben. Triumphierend verkündet ein englischer Admiral, diese Vorgänge zeigten Deutschland immer wiederholte Friedensversuche in bezeichnendem Maße, weiter als je weilen die Feinde, allen Räten und Niederlagen zum Trotz, den Friedensgedanken von sich ab, und schnell bereit verfihren sie, die Bedingungen des kriegsreichen Verbandes würden noch härter werden, wenn wir nicht sofort den Nacken beugen unter den Fuß des Eroberers.

Soweit hat es der Reichstag gebracht, der Reichstag und die Regierung, die es nicht wagte, die Herren auf die verfassungsmäßigen Grenzen ihrer Macht, auf das Schädliche ihres Treibens aufmerksam zu machen. Nicht vom deutschen Sieg mehr war die Rede, die hitzigen Debatten galten in erster Linie der Machterweiterung der Volkstretuna. Viele mag es gegeben haben, die ihr nicht unfeindlich gegenüberstanden, die letzten Ereignisse dürften sie abgeschreckt haben. Eine schärfere, eine vernichtendere Kritik des Parlamentarismus, als sie durch den heutigen kurzen Tagungsabschnitt geliefert worden ist, läßt sich nicht denken. Den Geist des 4. August sehnen wir herbei, in ihm wollen wir den Frieden schließen, er hätte vom Reichstag auszuhen und die Regierung in den Stand setzen sollen, dem Reiche die unerlässlichen Sicherungen zu schaffen. Was sehen wir statt dessen? Nervosität, Wankelmut, Unsicherheit, innerpolitische Machtgefühle, mit einem Worte: den Geist vom 19. Juli.

Die neue Kriegszielrede Asquiths.

(Neuer.) Auf der bereits kurz erwähnten Versammlung in Liverpool führte Asquith über die Kriegsziele aus: Bei Beginn der Regierung des neuen deutschen Reichskanzlers einigte sich der Reichstag auf eine Mid-formel. Ich sagte damals, daß ich meine Zweifel hätte, ob der Reichskanzler oder irgend jemand sonst sich darüber klar sei, was die Entschloßung in Wirklichkeit bedeuten solle. Diese

skeptische Auffassung ist durch die Ereignisse gerechtfertigt worden. Denn die deutschen Parteien freiten sich seither darüber, was ihre genaue Auslegung sei. Ich zweifle nicht, daß in Deutschland ein weitgehender und echter Wunsch nach Frieden besteht. Der maßgebende Faktor, mit dem wir zu rechnen haben, ist nicht die deutsche öffentliche Meinung oder das deutsche Parlament, sondern die deutsche Regierung. Man läßt uns im dunkeln und verlangt von uns, daß wir unsere Waffen niederlegen sollen, ohne dafür eine andere Genug-tuung oder Sicherstellung zu besitzen, als daß wir die drei Tugenden des Vertrauens, der Hoffnung und der Nachsicht zur Schau tragen. Niemand behauptet, daß es für eine der beiden Seiten richtig oder zweckmäßig wäre, ein Ultimatum mit erschöpfenden und genauen Klauseln und Unterkaufeln aufzustellen, das wörtlich und buchstabmäßig lapitel- und satzwiese als Vorbedingung für den Frieden anzunehmen wäre. Es gibt viele Dinge, die notwendigweise zur Besprechung und Verhandlung für einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt werden müssen. Aber wir werden unsere beiden leitenden Ziele der Erreichung eines wirklichen Friedens und der wirksamen Verhütung künftiger Kriege nicht näher kommen, wenn wir nicht entschlossen die Mittel und Wege zur Geltung bringen, durch die sie zu erreichen sind. Staatssekretär v. Kühmann hat auch, daß Deutschland niemals ein Zugeständnis in der Frage Elsas-Lothringens

machen könne und daß diese Frage niemals verhandelt werden würde. Elsas-Lothringen, das viele Jahre ein Teil Frankreichs gewesen ist und, mindestens soweit Lothringen in Frage kommt, auch französisch fühlt, dies nicht nur als deutscher Siegespreis, sondern auch als Symbol der Demütigung Frankreichs in deutscher Hand. Darin hat die Wurzel und die Quelle der Unruhe, des gekrümmten Leidens und des Betrübtes gelegen, das uns diesem schrecklichen aller Kriege geführt hat. Selbst in der Geschichte dieses Kriege ist schwer ein dümmeres oder durchschichtigeres Manöver zu finden, als der unglückliche Versuch, zwischen uns und unseren französischen Alliierten Uneinigkeit zu säen, indem Kühmann uns sagt, daß die Grundfrage nicht die Belgische sei, und daß, von Elsas-Lothringen abgesehen, kein absolutes Hindernis für den Frieden bestehe. (1) Die Alliierten verlangen im Falle

Belgien nicht nur die Räumung, sondern volle und dauernde Wiederherstellung des Landes in seiner politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Was würde dem belgischen Volke ein Belgien nützen, das in zwei Teile geteilt oder das durch fiskalische oder andere Mittel bedroht ist. Ich habe mehr als einmal die Frage gestellt, ob Deutschland bereit sei, der Wiederherstellung Belgiens in dem einzig wirklichen Sinne als der wichtigsten Friedensbedingung auszukommen. Ich habe keine Antwort erhalten. Kühmann beobachtete bezüglich der Zukunft Belgiens unverändert und bezeichnendes Still-schweigen.

Serbien und seinen Nachbarn und Stammesverwandten, sowie Rumänien ihre natürlichen Grenzen zu geben, ist kein aggressiver Akt, sondern es wird damit nur eine Schuld bezahlt, deren Begleichung die Gerechtigkeit längst gefordert hat. Ich habe wiederholt gesagt, daß es niemals ein Teil unserer Politik war, Deutschland zu vernichten oder zu zerstören. Wir führen unseren Krieg gegen den preussischen Militarismus. Das Schlimmste, was der Welt widerfahren könnte, wäre ein Friede sein, der nur ein Mißwerk ist und in sich selbst die Ursachen künftiger Schwierigkeiten trägt. Asquith besprach sodann seine Eindrücke auf dem Schlachtfelde von Ypern und sagte: Selbst nachdem ich diese erbarmungslosen Verwüstungen anschaut habe, sage ich entschlossen: Ich liebe vor, daß der Krieg bis zur endgültigen Entscheidung weitergeht, als daß er durch ein unvollständiges Kompromiß zu Ende gebracht werden sollte. Unsere Truppen leisten